

Fleischwirtschaft anerkennt Bemühungen um Schadensausgleich

Utl.: Stummvoll fordert effiziente Durchführung
der zugesagten Unterstützungsmaßnahmen =

Wien (PWK) - "Das Ergebnis des Rindergipfels im Kanzleramt
Mittwoch abends hat im Großen und Ganzen wesentliche Forderungen der
Fleischwirtschaft und der Bauern erfüllt. Entscheidend wird aber
sein, wie effektiv die Imagekampagne für Rindfleisch und Wurstwaren
und die Erhebung des tatsächlichen Schadens samt
Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt werden." Günter Stummvoll,
Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, begrüßt vor allem
die von der Regierung mit einem Sonderbudget von 60 Mio Schilling
finanzierte Imagekampagne für Rindfleisch und Fleischerzeugnisse, die
schon demnächst im In- und Ausland anlaufen soll. ****

Wesentlich ist für die gewerbliche Fleischwirtschaft auch, daß
eine Arbeitsgruppe das Ausmaß des tatsächlichen finanziellen Schadens
evaluieren und eine Klage gegen die italienischen Behörden
vorbereiten wird. Dabei ist zu prüfen, ob diese Klage stellvertretend
durch die Bundesregierung Österreichs oder durch
Interessenvertretungen eingebracht werden kann. Stummvoll: "Seit
Anfang August haben uns Mitgliedsbetriebe Umsatzrückgänge,
Stornierungen und Auftragsverluste in einem Ausmaß von 159 Mio
Schilling gemeldet. Wie hoch der endgültige Schaden ist, wird unter
anderem davon abhängen, wie die Imagekampagne greift und ob verlorene
Marktanteile im In- und Ausland zurückgewonnen werden können".

Die Bundesregierung wird zur Hilfe für die Land- und
Fleischwirtschaft auch durchgängig nachvollziehbare
Herkunftsbezeichnungen für Rindfleisch finanziell unterstützen.
Stummvoll dazu: "Bundeskanzler Klima und Konsumentenministerin
Prammer haben in der Sitzung mehrfach versprochen, daß sie die
Einführungskosten für ein solches System übernehmen werden".

Die Klagsandrohungen gegen Italien oder italienische Behörden
wertet der Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich vor allem
als Signal dafür, daß weder die Republik noch die Interessenvertreter
es ungestraft hinnehmen wollen, wenn mit falschen Verdächtigungen ein
wirtschaftlicher Schaden in wichtigen heimischen Branchen erzeugt
wird. Reicht diese Vorgangsweise nicht zum Schadensausgleich aus,

dann bekennt sich die Regierung zu weiteren unterstützenden
Maßnahmen.

(Schluß) RH

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0157 1998-08-27/12:25

271225 Aug 98

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980827_OTS0157